

Amt Brück

Protokoll über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Soziales und Bildung Borkwalde vom 18.03.2026

Tagungsort: im Gemeindesaal, Astrid-Lindgren-Platz 9 in Borkwalde

Beginn: 18.30 Uhr Ende: 20.50 Uhr

Teilnehmer

Anwesend:

Herr Paul Niepalla
Frau Janine Gerike
Frau Maxi Grube
Herr Lars Hünich
Herr Philipp Konopka
(Stellv. für Andreas Link)

Abwesend:

Herr Andreas Link (entsch.)

Sachkundige Einwohner:

Frau Grit Deichmann
Herr Mirko Ballerstaedt

Frau Carolin Schulze (entsch.)

vom Amt anwesend: Frau Boese (Kämmerin)

Gäste: Herr Eska (BM), Frau Meyer (GV)

Bestätigte Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und Benennung des/der Protokollanten/in
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Information zu wesentlichen Angelegenheiten der Gemeinde
4. Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der letzten Sitzung vom 11.02.2026
5. Einwohnerfragestunde
6. Behandlung von Anfragen
7. Haushaltskonsolidierung
8. Beratung zur Zukunft der Jugendarbeit
9. **Bw-00-139/26** Zuwendungen und Zuschüsse an Vereine und
Beschlussvorlage Interessengruppen 2026
10. Sonstiges

II. Nicht öffentlicher Teil

Niederschrift

I. Öffentlicher Teil

Die Sitzung findet in Präsenz statt und es wird zu Protokollzwecken eine Audioaufzeichnung erstellt.

zu TOP 1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und Benennung des/der Protokollanten/in**

Der Ausschussvorsitzende Herr Niepalla eröffnet die Sitzung um 18.35 Uhr. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie die Anwesenheit aller Ausschussmitglieder, wobei Herr Konopka als Vertretung für Herrn Link anwesend ist und 2 sachkundiger Einwohner fest.

zu TOP 2. **Feststellung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung (TO) wird ohne Gegenstimmen festgestellt.

zu TOP 3. **Information zu wesentlichen Angelegenheiten der Gemeinde**

Herr Eska (BM) informiert,

- dass seit Montag wieder Erzieherinnen in der Kita tätig seien.
- Zudem sei der Kauf des Grundstücks Brückerweg 24 oder 27 notariell bestätigt und beglaubigt worden. Die Gemeinde sei nun Eigentümerin des Grundstücks. Frau Boese ergänzt, dass die Nutzung der Waldfläche bereits möglich sei.
- dass der für den 28. geplante Ortsputz auf die Zeit nach den Osterferien verschoben werde, da an diesem Tag um 11:00 Uhr die Beisetzung von Frau Häring stattfinde. Er betont, dass bisher keine Werbung für den Ortsputz gemacht worden sei und schlägt vor, die Verschiebung öffentlich bekanntzugeben.

Frau Meyer berichtet über den Ehrenamtsstammtisch und hebt hervor, dass dieser auf positive Resonanz gestoßen sei. Sie lobt die vorbereiteten Informationen zur Ehrenamtskarte und zur Unterstützung Ehrenamtlicher. Es sei ein konstruktiver Austausch erfolgt, und es werde eine Landingpage für die Gemeinde-Homepage erstellt, um aktuelle Informationen bereitzustellen. Frau Cybulski werde die Homepage aktualisieren und es sei geplant, eine Rubrik zur Vorstellung der Vereine wieder einzuführen.

Zudem seien zahlreiche Veranstaltungstermine für das Jahr gesammelt worden, darunter ein Familienfest am 7. Juni, ein Feuerwehrfest, Bastelaktionen, ein Laternenfest, ein Halloweenfest am 4. Oktober, ein Erntedankfest und der Adventsmarkt am 6. Dezember. Sie betont, dass jede Unterstützung willkommen sei.

Frau Bielecki ergänzt, dass der Ehrenamtsstammtisch als Plattform für gezielten Austausch genutzt worden sei und konkrete Ideen entwickelt worden seien.

Herr Niepalla lobt die Organisation des Ehrenamtsstammtisches und bedankt sich für den Einsatz.

Frau Gerike berichtet über die aktuelle Situation an der Schule Borkheide. Die VHG bestehe weiterhin und die Elternbeitragssatzung ITBA sei erlassen worden. Sie weist darauf hin, dass die Beiträge für einige Familien erheblich gestiegen seien, was zu Unmut geführt habe. Zudem sei es nicht möglich, Kinder ohne Hortbeitrag in den Ferien zu betreuen. Sie schildert, dass es in der Schule vermehrt zu Vorfällen komme, darunter eine Bedrohungslage, die einen Polizeieinsatz erforderlich gemacht habe. Alle relevanten Gremien seien involviert und es werde an einer Aufarbeitung gearbeitet. Frau Gerike betont die Notwendigkeit, die Jugendarbeit fortzuführen, um die Situation zu verbessern.

Zum Thema Neubau der Turnhalle erklärt Frau Gerike, dass Fördermittel beantragt worden seien, deren Bewilligung jedoch fraglich sei. Sie berichtet, dass möglicherweise nur eine Einfeldsporthalle realisiert werden könne, da die Gemeinde Borkheide nicht in der Lage sei, die erforderlichen Mittel aufzubringen. Frau Boese bestätigt, dass die Kostenentwicklung und die Anforderungen an das Bauvorhaben die Finanzierung erschweren. Sie erläutert, dass die Entscheidung über den Bau von der wirtschaftlichen Betrachtung und der Verfügbarkeit von Fördermitteln abhängt. Frau Gerike weist darauf hin, dass die aktuelle Sporthallensituation unzureichend sei und die Schülerzahlen weiter steigen würden. Frau Boese erklärt, dass die alte Sporthalle möglicherweise erhalten bleiben müsse, um den Bedarf zu decken.

Herr Niepalla fragt nach dem Gesundheitszentrum. Herr Eska (BM) erklärt, dass seit der letzten Gemeindevertretersitzung keine wesentlichen Fortschritte erzielt worden seien.

zu TOP 4. **Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die
Niederschrift des öffentlichen Teils der letzten Sitzung vom
11.02.2026**

Es werden weder mündlich Einwendungen vorgebracht, noch liegen schriftliche Einwendungen zur Niederschrift vor. Diese lag allen Mitgliedern zur Kenntnis rechtzeitig vor und gilt damit als bestätigt.

zu TOP 5. **Einwohnerfragestunde**

Frau Meyer richtet eine Frage an Frau Boese und bittet um eine Erläuterung des Prozedere der Zuwendungs- und Zuschussabrufe zur Unterstützung von Vereinen durch das Amt. Sie führt aus, dass es bei der Förderung der Vereine offenbar erforderlich sei, dass diese zunächst alle Kosten vorstrecken und die Erstattung erst nachträglich erfolge. Ein Vorschuss oder eine Mittelanforderung sei demnach nicht möglich. Frau Meyer bittet um eine Konkretisierung, wie die Unterstützung des Amtes in solchen Fällen aussehen könne.

Frau Boese erklärt, dass die Unterstützung der Vereine stets im Rahmen der Möglichkeiten des Amtes erfolge. Sie betont, dass die konkrete Vorgehensweise im Einzelfall besprochen werden müsse. Das Amt sei bemüht, die Vereine zu würdigen und nach Kräften zu unterstützen, insbesondere wenn diese sich für die Gemeinde engagieren. Eine pauschale Aussage sei jedoch nicht möglich.

Herr Konopka informiert, dass in der kommenden Woche drei Vereine – der Feuerwehrverein, der Kulturverein und der Kitaverein „Eichhörnchen“ – ihre Projekte in der Ausschusssitzung des WiBO präsentieren werden. Während der Feuerwehrverein bereits vor wenigen Tagen einen Antrag eingereicht habe, befänden sich die Projekte der anderen beiden Vereine noch in der Planungsphase. Ziel der Besprechung sei es, die Rahmenbedingungen zu klären und den Vereinen eine Entscheidungsgrundlage zu bieten. Herr Konopka weist darauf hin, dass ein gewisses Restrisiko bei den Vereinen verbleibe, was bereits mit den Verantwortlichen der Feuerwehr besprochen worden sei. Ob dies auch für den Kulturverein und den Kitaverein akzeptabel sei, werde sich in der kommenden Woche zeigen.

zu TOP 6. **Behandlung von Anfragen**

Die Anfrage Bw/2/2026 „Bebauungsmöglichkeit Bolzplatz sowie angrenzende Grünfläche Ernst-Thälmann-Straße“ wurde allen Mitgliedern zur Sitzung im RIS zur Verfügung gestellt.

Zwei weitere Anfragen zum Thema Straßenauswahl und Waldumwandlung seien noch offen und in Bearbeitung.

Herr Konopka ergänzt, dass das Thema Waldumbau und Waldumwandlung in der

kommenden Woche im Ausschuss WiBO als Schwerpunktthema behandelt werde. Er erläutert, dass in diesem Zusammenhang die Vereine ihre drei Projekte vorstellen würden, von denen zwei den Generationenwald betreffen. Ziel sei es, konkrete Flächen zu benennen, die umgewandelt werden sollen, um der Amtsverwaltung die Beantragung zu ermöglichen. Er führt aus, dass es bislang zu Verzögerungen gekommen sei, da sowohl die Amtsverwaltung als auch die Gemeindevertretung aufeinander gewartet hätten. Nun sei jedoch eine Einigung erzielt worden, und man wolle in der nächsten Sitzung mit Frau Segl die entsprechenden Flächen auf einer größeren Karte skizzieren. Dabei solle auch die Abhängigkeit der Projekte des Kulturvereins und des Kitafördervereins berücksichtigt werden.

zu TOP 7. Haushaltskonsolidierung

Herr Niepalla erläutert, dass der Tagesordnungspunkt 7, die Haushaltskonsolidierung, nun regelmäßig auf der Agenda stehen werde. Er verweist auf das Haushaltssicherungskonzept, das eine Konsolidierung über einen Zeitraum von zehn Jahren vorsehe, und merkt an, dass die finanzielle Lage der Gemeinde weiterhin angespannt sei. Er erinnert daran, dass im letzten Ausschuss ein Widerspruch gegen die Kreisumlage thematisiert wurde. Zudem nennt er Maßnahmen, die im Rahmen der Haushaltskonsolidierung geprüft werden sollen, darunter die Evaluierung der Hebesätze, eine mögliche Anpassung der Hundesteuersatzung, die Überprüfung der Zweitwohnungssteuer, die Gebühren für den Gemeindesaal sowie die Elternbeitragssatzung. Auch die Gebühren für den Friedhof seien bereits kostendeckend kalkuliert worden. Herr Niepalla regt an, die Richtlinie des Ministeriums des Innern und für Kommunales (MIK) für besondere Bedarfszuweisungen zu prüfen, um mögliche finanzielle Unterstützung zu erhalten.

Frau Boese bestätigt, dass eine Kontaktaufnahme mit der zuständigen Stelle sinnvoll sei, weist jedoch darauf hin, dass Bedarfszuweisungen in der Regel erst bei einer akuten Notlage gewährt würden, beispielsweise bei einem nicht mehr ausgeglichenen Haushalt oder fehlenden Bankbeständen. Sie betont, dass die finanzielle Lage der Gemeinde durch verschiedene Faktoren belastet sei, darunter die Finanzierung und der Betrieb zusätzlicher Kindereinrichtungen, die Kinderbetreuung außerhalb der Gemeinde sowie unzureichend ausfinanzierte gesetzliche Regelungen, wie die Beitragsfreistellung der Eltern. Sie schlägt vor, die Ursachen der finanziellen Schieflage detailliert zu analysieren und zu dokumentieren, um eine fundierte Argumentation für mögliche Bedarfszuweisungen vorzubereiten.

Herr Ballerstaedt fragt, ob Bedarfszuweisungen auch für allgemeine strukturelle Defizite gewährt werden könnten. Frau Boese erklärt, dass dies in Einzelfällen möglich sei, insbesondere bei unabweisbaren Investitionen für pflichtige Aufgaben. Herr Niepalla ergänzt, dass die Gemeinde durch die hohen Aufwendungen für Kinderbetreuung, Amts- und Kreisumlagen sowie andere Pflichtaufgaben wie Friedhofs- und Straßenunterhaltung stark belastet sei. Frau Boese weist darauf hin, dass freiwillige Leistungen der Gemeinde unter 2,5 % der Erträge aus Steuern und Zuwendungen liegen, was eine Bedingung für Bedarfszuweisungen sei.

Herr Ballerstaedt merkt an, dass Bedarfszuweisungen bestenfalls das Defizit reduzieren könnten, jedoch keinen vollständigen Haushaltsausgleich ermöglichen würden. Frau Boese erklärt, dass die Art der Unterstützung – ob als Zuschuss oder Darlehen – von der individuellen Situation abhängt. Sie erwähnt, dass Mittel aus dem Finanzausgleichsgesetz oft nicht ausgeschöpft würden, da die Hürden für deren Beantragung hoch seien.

Herr Konopka bringt das Thema Jugendarbeit ein und betont die Notwendigkeit, diese konzeptionell zu verbessern und besser in der Gemeinde zu etablieren. Frau Boese weist darauf hin, dass auch in Konsolidierungszeiten zusätzliche Aufwendungen für präventive Maßnahmen im Bereich der Jugendhilfe möglich seien, wenn diese von besonderer Bedeutung für die Gemeinde seien. Sie schlägt vor, unverbindlich bei der zuständigen Stelle anzufragen, welche Möglichkeiten für Unterstützung bestehen.

Herr Niepalla lenkt die Diskussion auf die Einnahmenseite und schlägt vor, die Gebühren für den Gemeindesaal sowie die Zweitwohnungssteuer zu überprüfen. Frau Boese bestätigt, dass die Zweitwohnungssteuer zuletzt 2021 angepasst wurde und eine erneute Evaluierung sinnvoll

sei. Herr Eska spricht sich dafür aus, die Gebühren für den Gemeindesaal zu erhöhen, da diese im Vergleich zu anderen Gemeinden niedrig seien.

Herr Niepalla regt an, die Elternbeitragssatzung für die Kindertagesstätten zu überprüfen, da die Kinderbetreuung der größte Kostentreiber sei. Frau Boese erklärt, dass eine Vollkostenanalyse erforderlich sei, um die tatsächlichen Kosten eines Kitaplatzes zu ermitteln. Herr Niepalla bringt die Möglichkeit ins Gespräch, die kommunalen Kindertagesstätten an freie Träger zu übergeben, um den Betrieb zu stabilisieren und die Auslastung zu erhöhen. Frau Boese weist darauf hin, dass die Gemeinde in diesem Fall weiterhin die Finanzierungslücke tragen müsste, jedoch ein freier Träger möglicherweise organisatorische Vorteile bieten könnte. Herr Konopka äußert Bedenken hinsichtlich der Kosten, da freie Träger in der Regel teurer seien. Herr Niepalla schlägt vor, ein Interessenbekundungsverfahren zu starten, um mögliche Optionen zu prüfen.

Frau Boese erinnert abschließend daran, dass Steuererhöhungen bis zum 30. Juni beschlossen und bekannt gemacht werden müssten, um rückwirkend zum 1. Januar wirksam zu werden. Herr Niepalla fasst die prioritären Maßnahmen zusammen:

- die Überprüfung der Gemeindesaalgebühren,
- der Zweitwohnungssteuer,
- der Elternbeitragssatzung und
- der Hebesätze sowie
- die Prüfung einer möglichen Übergabe der Kindertagesstätten an freie Träger.

zu TOP 8.

Beratung zur Zukunft der Jugendarbeit

Frau Gerike äußerte ihre Präferenz, die Jugendarbeit weiterhin in Zusammenarbeit mit Borkheide zu organisieren. Sie betont, dass die Jugendarbeit bereits in der Schule beginne und eine enge Abstimmung zwischen den Akteuren wichtig sei, um den Kindern von Anfang an vertraute Ansprechpartner zu bieten. Sie spricht sich dafür aus, das bestehende Konzept beizubehalten, da es sich bewährt habe.

Frau Meyer wolle zunächst die Diskussion am 20.04.2026 abwarten.

Herr Eska stimmt Frau Gerike teilweise zu, äußert jedoch Bedenken hinsichtlich der Effizienz der aktuellen Organisation. Er kritisiert, dass drei Personen gleichzeitig im Jugendraum anwesend seien, was aus seiner Sicht eine Verschwendung von Ressourcen darstelle. Er schlägt vor, den Minijobber zu kündigen und den Vertrag entsprechend anzupassen.

Frau Gerike regte an, die Organisation so zu ändern, dass nicht alle drei Personen gleichzeitig vor Ort sein müssten. Herr Eska unterstützt diesen Vorschlag, betont jedoch, dass die aktuelle Situation nicht tragbar sei. Er plädiert dafür, die Anzahl der Mitarbeiter zu reduzieren, um Kosten zu sparen.

Herr Niepalla weist darauf hin, dass die Jugendlichen verlässliche Öffnungszeiten benötigten, insbesondere an Wochenenden. Er schlug vor, die Jugendarbeit so zu organisieren, dass auch selbstverwaltete Zeiten möglich seien.

Frau Gerike bringt das Konzept eines Jugendbeirats ins Gespräch. Sie hebt hervor, dass dies die Öffnungszeiten flexibler gestalten und den Jugendlichen mehr Eigenverantwortung ermöglichen könnte.

Herr Konopka stellt klar, dass der Fokus der Jugendarbeit auf der Nutzung der vorhandenen Immobilie liegen solle. Er betont jedoch, dass es wichtig sei, die Jugendlichen auch außerhalb des Jugendraums zu erreichen. Er schlägt vor, eine mobile Jugendarbeit einzurichten, die Jugendliche im Ort anspricht und sie in den Jugendraum einbindet.

Frau Meyer äußert Zweifel an der bisherigen Zusammenarbeit mit Borkheide und stellt die Effektivität des aktuellen Konzepts infrage. Sie plädiert für eine Neuausrichtung der Jugendarbeit in Borkwalde, da die bisherigen Ansätze ihrer Meinung nach nicht erfolgreich gewesen seien. Sie schlägt vor, die Zusammenarbeit mit dem aktuellen Träger, Job gGmbH, vorübergehend fortzusetzen, jedoch mit einer klaren Zielsetzung und einer regelmäßigen Evaluierung der Ergebnisse.

Herr Eska stellt erneut die Frage, warum die Jugendlichen den Jugendraum nicht nutzten und führt dies auf die mangelnde Qualität der Arbeit vor Ort zurück. Er fordert eine Reduzierung der Personalkosten und eine effizientere Nutzung der Mittel.

Frau Meyer entgegnet, dass die eingesparten Mittel in die offene Jugendarbeit reinvestiert werden sollten, um die Qualität der Angebote zu verbessern.

Herr Niepalla betont, dass die Gemeindevertretung in der Vergangenheit nicht ausreichend Kontrolle über die Umsetzung des Konzepts ausgeübt habe. Er schlägt vor, ein regelmäßiges Berichtswesen einzuführen, um die Fortschritte in der Jugendarbeit besser nachvollziehen zu können. Zudem regt er an, die Möglichkeit eines neuen Standorts für den Jugendraum zu prüfen, der näher am Zentrum des Ortes liege.

Frau Meyer berichtet von Gesprächen mit anderen Gemeinden und hebt hervor, dass größere und attraktivere Räumlichkeiten die Nutzung durch Jugendliche fördern könnten. Sie weist darauf hin, dass der aktuelle Jugendraum als ungepflegt und unattraktiv wahrgenommen werde, was die geringe Nutzung erklären könnte.

Herr Konopka schlägt vor, die Entscheidung über die zukünftige Organisation der Jugendarbeit auf zwei bis drei Jahre zu befristen, um flexibel auf mögliche Veränderungen, wie die Eröffnung eines Norma-Marktes, reagieren zu können. Er betonte, dass ein Teil der Mittel in ein Qualitätsmanagement investiert werden sollte, um die Einhaltung der vereinbarten Standards sicherzustellen.

Herr Hünich spricht sich dafür aus, den Jugendlichen mehr Eigenverantwortung zu übertragen, beispielsweise durch die Möglichkeit, den Jugendraum selbst zu gestalten und zu pflegen. Er betont, dass dies die Identifikation der Jugendlichen mit dem Raum stärken könnte.

Frau Gerike unterstützt die Idee, den Jugendraum näher an den zentralen Treffpunkten der Jugendlichen zu platzieren, um die Wege zu verkürzen und die Attraktivität zu erhöhen. Sie schlägt vor, eine kleine, robuste Baulichkeit in der Nähe des Bolzplatzes oder anderer zentraler Orte zu errichten.

Herr Niepalla fasst zusammen, dass die Gemeindevertretung sich auf eine Neuausrichtung der Jugendarbeit verständigen müsse, die sowohl die offenen als auch die mobilen Ansätze berücksichtige. Er betont, dass die Zusammenarbeit mit Job gGmbH vorübergehend fortgesetzt werden könne, um Zeit für die Entwicklung eines neuen Konzepts zu gewinnen.

zu TOP 9.

Bw-00-139/26

Beschlussvorlage

Zuwendungen und Zuschüsse an Vereine und Interessengruppen 2026

Herr Konopka merkt an, dass in der Übersicht der Vereinsförderung ein Antrag des Feuerwehrfördervereins für das diesjährige Sommerfest fehle. Er weist darauf hin, dass der Antrag bereits im Oktober des Vorjahres gestellt worden sei und möglicherweise zwischenzeitlich übersehen wurde. Da es sich um eine der größten Veranstaltungen des Jahres handle, solle der Antrag in Höhe von 1.700 Euro bis zur nächsten Gemeindevertretersitzung geprüft und ergänzt werden.

Herr Eska schlägt vor, die Anträge zu prüfen und sicherzustellen, dass keine weiteren Anträge übersehen wurden.

Frau Boese bittet darum, den Antrag des Feuerwehrfördervereins erneut an sie zu senden, damit sie ihn an die zuständige Stelle weiterleiten könne. Sie betont, dass der Antrag rechtzeitig zur Gemeindevertretersitzung berücksichtigt und in Form einer Version 2 überarbeitet vorgelegt werde.

Der Beschlusstext lautet wie folgt:

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Borkwalde beschließt, Zuwendungen und Zuschüsse aus dem Haushalt 2026 an folgende Vereine und Interessengruppen zu vergeben:

Antragsteller	Antrag			Zuschuss- höhe	Bemerkungen
	Zweck	Eingang	beantragt		
Seniorentanz- gruppe Borkwalde	Wichtig sind das soziale Miteinander und die geistige Fitness im Alter. Für kulturelle Veranstaltungen, Ausflüge im Land Brandenburg	16.10.2025	150,00 €		2025 150,00 € beantragt und abgerechnet
Interessengruppe Rentner Borkwalde	Tagesfahrt mit Bus, Theaterbesuch, Weihnachtsfeier	10.10.2025	550,00 €		2025 550,00 € beantragt und abgerechnet
Förderverein Regenbogen e.V.	Kulturelle und finanzielle Unterstützung definierter Projekte zugunsten der Kinder der Kita Regenbogen in Borkwalde Anlage zum Antrag auf Zuwendungen zur Förderung des Vereinslebens für 2026. Wir möchten als Förderverein die Zuwendung zur Förderung unserer Kinder in der Kita Regenbogen für nachfolgende Maßnahmen einsetzen. 1. Finanzielle Unterstützung beim	22.10.2025	750,00 €		2025 750,00 € beantragt und abgerechnet

	Sommerfest, Sportfest sowie Laternenumzug 2. Finanzielle Unterstützung für geplante Exkursionen bzw. Veranstaltungen für die Kinder der Kita 3. Finanzielle Unterstützung für die Theateraufführungen vor Ort 4. Finanzielle Unterstützung für Vorschulmaterial 5. Ausrichtung und Beschaffung von Geschenken für die Weihnachtsfeier				
Kulturverein "Zauche" e.V.	Darstellung der vom Verein beabsichtigten gesellschaftlich nützlichen Tätigkeit im Haushaltsjahr (ggf. zusätzliches Blatt verwenden): Der Kulturverein Zauche bietet seit 1996 den Borkwalder Bürgern und Gästen kostenfreie kulturelle Angebote, um das Miteinander in unserem Ort zu stärken, unseren Ort lebenswerter zu machen und die positive Außenwirkung unserer Gemeinde mitzugestalten. Wir	29.10.2025	1.500,00 €		2025 1.500,- abgerechnet

werden auch im kommenden Jahr versuchen, ein vielfältiges Programm für alle Altersgruppen anzubieten Geplante Veranstaltungen des Kulturvereins Zauche e.V. im Jahr 2026 Veranstaltungen im Gemeindesaal Theatervorführung, Puppentheater, Lesung, Vortrag Gartengestaltung Kosten: Gagen für Künstler bzw. Referenten Kulturveranstaltungen in der Kirche Adventskonzert „Musik am Ofen“, Filmvorführung Kosten: Künstlergage, eventuell Filmaufführungsrechte Erntedankfest/Herbstbrunch Traditionell feiern wir gemeinsam mit der Kirchengemeinde das Erntedankfest bei einem Brunch mit Kulturprogramm für Kinder und Erwachsene. Kosten: Künstlergagen					
--	--	--	--	--	--

	Besuch eines Denkmals/einer Sehenswürdigkeit, Naturführungen Geführte Besichtigungen zur Heimat-, Natur-, Technik- bzw. Architekturgeschichte Kosten: Führung bzw. Gage für Referenten	5			
Gesamt			2.950,00 €		2.950,00 €

Die Umsetzung des Beschlusses erfolgt nach der Rechtskraft der Haushaltssatzung 2026 mit öffentlicher Bekanntmachung Bekanntmachung, da HSK.

Anwesende :5
Ja-Stimmen :4
Nein-Stimmen :0
Enthaltungen :1
befangen :0
Abstimmung :empfohlen

zu TOP 10. Sonstiges

Frau Gerike weist darauf hin, dass es erneut zu einem Unfall mit einem Fahrradfahrer in einem unübersichtlichen Kreuzungsbereich gekommen sei. Sie betont, dass der dort angebrachte Spiegel keine ausreichende Abhilfe schaffe, insbesondere bei schlechten Sichtverhältnissen am Morgen. Sie erläutert, dass Autofahrer gezwungen seien, so weit in den Radweg hineinzufahren, dass sie die Sicht auf den Verkehr erst erlangen könnten, wenn sie bereits auf dem Radweg stünden. Sie erwähnt zudem, dass ein ähnliches Problem im Siebenbrüderweg bestehe, dort jedoch keine direkte Zuständigkeit der Gemeinde vorliege.

Herr Eska schlägt vor, anstelle eines Spiegels Stoppschilder zu installieren, merkt jedoch an, dass auch diese Maßnahme nicht verhindern könne, dass Autofahrer zur besseren Einsicht in den Radweg vorfahren müssten.

Es wird die Idee eingebracht, Maßnahmen zu ergreifen, die Fahrradfahrer zum Abbremsen oder Absteigen zwingen könnten, beispielsweise durch das Aufstellen von Barrieren oder Bügeln. Frau Gerike unterstützt diesen Vorschlag und ergänzt, dass man zusätzlich mit den Anwohnern sprechen könne, um die Entfernung einzelner Zaunfelder zu prüfen, da diese die Sicht behinderten. Sie betont jedoch, dass dies nur auf freiwilliger Basis geschehen könne.

Herr Ballerstaedt äußert Zweifel, ob die Entfernung von Zaunfeldern das Problem lösen würde, da die Unfälle häufig durch schnelles Einbiegen von Autofahrern verursacht würden. Er unterstützt die Idee, Maßnahmen zur Entschleunigung der Fahrradfahrer zu ergreifen, da diese oft die Hauptleidtragenden bei Unfällen seien. Er kritisiert zudem die geringe Wirksamkeit des vorhandenen Spiegels und spricht sich für die Installation von Barrieren aus, um die Sicherheit zu erhöhen.

Frau Boese stellt klar, dass die Gemeinde nicht der Träger des Radwegs sei, sondern dieser vom Landkreis gebaut und übergeben worden sei. Sie schlägt vor, Gespräche mit den

zuständigen Stellen aufzunehmen, um mögliche Maßnahmen abzustimmen. Herr Konopka unterstützt diesen Ansatz und regt an, zunächst den Dialog mit den Anwohnern und den zuständigen Behörden zu suchen, bevor weitere Maßnahmen wie das Aufstellen von Barrieren beschlossen würden.

Frau Boese informiert anschließend über den aktuellen Stand der Haushaltsführung. Sie berichtet, dass der Haushalt nach den vorgenommenen Änderungen eingereicht worden sei und der Jahresabschluss 2023 vorliege. Es gebe zwei Hinweise der Kommunalaufsicht, darunter die Notwendigkeit, eine Rücklage für den Mehrbelastungsausgleich zu bilden. Sie erläutert, dass dies Auswirkungen auf die Liquidität der Gemeinde haben könnte, da die Rücklage mit liquiden Mitteln abgebildet werden müsse. Sie schlägt vor, den Jahresabschluss im Ausschuss zu behandeln, bevor er der Gemeindevertretung vorgelegt werde.

Herr Niepalla merkt an, dass die finanziellen Herausforderungen der Gemeinde weniger in der Buchführung, sondern vielmehr in der geringen Liquidität lägen. Er stimmt dem Vorschlag zu, den Jahresabschluss zunächst im Ausschuss zu behandeln. Frau Boese ergänzt, dass der Jahresabschluss 2024 in Vorbereitung sei und der Beteiligungsbericht der Abwassergesellschaft ebenfalls bald vorgelegt werde.

Abschließend informiert Frau Boese über eine neue Durchführungsverordnung zum Sondervermögen, die das Abrufverfahren detailliert regle. Sie weist darauf hin, dass die Regelungen zunächst unkompliziert wirkten, die praktische Umsetzung jedoch abzuwarten bleibe. Sie erwähnt zudem, dass an einer Kompatibilität des Sondervermögens mit anderen Bundesmitteln gearbeitet werde, um die Verwendungsmöglichkeiten zu erweitern.

II. **Nicht öffentlicher Teil**



Paul Niepalla
Ausschussvorsitzender
20. APR. 2026